

# Vom Abbau ist noch nicht die Rede

Firma Knauf will mit Bohrungen Gipsvorkommen erkunden – Stadtrat stimmte zu

**BURGBERNHEIM (cs) – Allein schon die Wortwahl von Bürgermeister Matthias Schwarz machte bei der Vorstellung des Tagesordnungspunktes in der Stadtratssitzung deutlich, wie sensibel das Thema ist: In ihrer letzten Sitzung in alter Besetzung stimmten die Mandatsträger über den Abschluss eines Bohr- und Abbauvertrages mit der Firma Knauf Gips KG ab. Betroffen sind städtische Grundstücke im Umgriff von Bauschuttdeponie und Kläranlage, die partiell für Bohrungen und Schürfungen herangezogen werden sollen, um festzustellen, in welcher Form ein Abbau lohnend sein könnte.**

Es handele sich bei dem städtischen Gebiet (überwiegend Wege und Gräben) „nur um eine sehr kleine Fläche“, den weitaus größeren Anteil des insgesamt rund 24,8 Hektar großen Areals machen private Grundstücksflächen aus, verdeutlichte Schwarz. Auch gehe es zunächst „nur um die Grundstücke“, die relevantere bergbaurechtliche

Genehmigung steht erst später an. Da aber laut der Aussage eines Firmenvertreters hinsichtlich des Antragsverfahrens „noch nichts gelaufen“ ist, geht Schwarz nicht davon aus, dass in diesem Jahr überhaupt noch mit einem Gipsabbau begonnen wird. Bedenken hinsichtlich der Nähe zur Kläranlage, wie sie seitens der Stadträte geäußert wurde, konnte er zerschlagen. Auf Grund der Abstandsflächen sei ein Abbau allzu nahe an der Anlage überhaupt nicht möglich.

Georg Schelter (Freie Bürger), der sich um einige auf dem betreffenden Areal verlaufende Wirtschaftswege sorgte, konnte von Robert Kett, dem Leiter der Hauptverwaltung, beruhigt werden. Sollte tatsächlich in das bestehende Wegenetz eingegriffen werden, würden Ersatzwege geschaffen. „Das geht jetzt aber noch zu weit“, sprach auch er von einem ersten Schritt im Vorfeld des Genehmigungsverfahrens. Werden Bohrungen durchgeführt, wird die Stadt vorab schriftlich informiert.

Der Vertrag läuft Kett zufolge über 30 Jahre, wobei die Knauf Gips KG eine Option auf eine Verlängerung hat. Und: Nicht nur wenn Wege, sondern auch falls beispielsweise Drainagen in Mitleidenschaft gezogen werden, müssen diese vom Unternehmen wieder hergestellt werden.

Ute Schmidt (CSU) blieb als einzige bei ihrer Befürchtung, dem Betrieb würden zu weit gehende Zugeständnisse gemacht, sie stimmte gegen den Vertragsabschluss. Für Werner Staudinger (Freie Bürger) wog dagegen das Argument schwerer, dass sich die Bohrungen auf das Areal nördlich der Stadt beschränken. „Seien wir doch froh, dass sie dort sind“, erinnerte er an frühere Überlegungen des Unternehmens, angrenzend an das Wohngebiet unmittelbar am Prösselbuck nach Gips zu suchen. Diese waren auf Grund anhaltender Kritik sowohl seitens der Bevölkerung wie auch des Stadtrates hintangestellt worden.